



Bernardi-Bildungsstätte in Saarbrücken: „Alles auf Nachweis abgerechnet“

jedoch nicht nur beim Personal großzügig. So rechnete die AGB auch Raumkosten von 17 277 Mark ab. Die waren zwar längst abgedeckt, weil in den gleichen Räumen auch MBSE-Kurse stattfanden. Das Amt hat gleichwohl nochmals gezahlt.

Selbst die „Kosten der Ausstattung“ werden anteilig verrechnet. Für den Grundkurs J 6 beispielsweise hat Bernardi Inventar im Wert von 47 570 Mark kalkuliert. Dazu zählen ein Zuschneidetisch für 3100 Mark, eine Knopflochmaschine für 2200 Mark sowie 15 Schnellnäher für 24 750 Mark.

Die teure Investition ist reine Erfindung. In Wahrheit nämlich, das zeigt das Kassenbuch, wurden lediglich sieben klapprige, gebrauchte Nähmaschinen für insgesamt 2150 Mark gekauft.

Bernardi will von falschen Zahlen nichts wissen. „Natürlich“ seien alle Kalkulationen ganz korrekt, sagt er. Stets würde „auf Nachweis abgerechnet“.

Oder auch nicht. Das Geld beispielsweise, das Bernardi für die Bezahlung von Lehrlingen vom Arbeitsamt bekam, hat er keineswegs auch immer ausgezahlt.

Der strenge Arbeitgeber wollte die Lehrlinge, die er in seiner Firma AGB beschäftigte, „an Pünktlichkeit gewöhnen“. Bei Fehlzeiten wurde der Lohn einfach einbehalten. Wer nicht kam, erhielt kein Geld.

Ein Türke etwa schaffte es, seinen Monatslohn durch Abwesenheit von 759 auf 72 Mark zu drücken. Bei einigen hundert Lehrlingen im AGB-Verbund kam einiges zusammen: Viele schwänzten oft und gern. Das so eingesparte Lehrlingsentgelt schickte Bernardi keineswegs zurück an das Amt, sondern finanzierte damit, so behauptet er jeden-

falls, „Busfahrten und Grillfeste für die Jugendlichen“.

Die Methode platzte, als ein geprellter Lehrling den Geldraub beim Arbeitsamt Saarbrücken offenbarte. Das Verfahren sei doch „längst eingestellt“, rechtfertigt sich Bernardi heute. Außerdem habe sich „die Rückführung der Beträge als äußerst schwierig erwiesen“. Das ist wohl immer so, wenn sich jemand von Geld trennen soll.

Bei Günter Bernardi sind der Erwerbstrieb und die Liebe zum Geld gut entwickelt. „Wir müssen mehr verdienen“, predigte er seinen Filialleitern. „Gehen Sie in die Firmen, holen Sie Aufträge rein.“ Das machten die dann auch.

Die Jugendlichen mußten daraufhin Lohnarbeiten ausführen. Einige schneiderten Röcke und Kleider, andere machten Schlosserarbeiten, montierten Gartenbänke, Lagerregale oder hölzerne Hindernisse für einen Reitverein.

In Kaiserslautern war Bernardi stiller Teilhaber an einer Auto-Werkstatt. Die Arbeit besorgten junge Türken. Die Firma wurde „wieder geschlossen“, sagt der emsige Unternehmer, das Verfahren habe sich „nicht bewährt“.

Solche Geschäfte mit den Geldern der Arbeitslosenversicherung, vorbei an Finanz- und Arbeitsämtern, sind keineswegs legal. Bernardi weiß das auch. Niemals sei bei der AGB Lohnarbeit gemacht worden, behauptet er deshalb. „Die Teilnehmer nahmen das Zeug selbst mit nach Hause.“

Was junge Türken mit Sprunghindernissen für Reitpferde machen sollen, kann er freilich nicht erklären. Rätselhaft bleibt auch, was in den Arbeitsverträgen einiger seiner leitenden Mitarbeiter unter Paragraph zwei aufgeführt ist: Das Arbeitsgebiet umfasse auch „Auftrags- und Lohnarbeiten“.

Die Ergebnisse der Lohnarbeiten wurden lange Zeit in den Kassenbüchern schlicht unter der Rubrik Einnahmen verbucht. Als ihm eine solche Offenlegung zu gefährlich schien, legte Bernardi schließlich gesonderte Konten an, etwa bei der Volksbank Wertheim unter der Nummer 594806.

Bernardis Helfer wurden in regelmäßigen Mitarbeiterbesprechungen zum Stillschweigen vergattert. Ein Teil der schwarzen Gelder wurde an sie als Tantieme ausgeschüttet – das hat ihr Erinnerungsvermögen nicht gerade gestärkt.

Auch Mitarbeiter bei den Arbeitsämtern wollen nichts über Bernardi wissen. Selbst an opulente Essen auf Kosten der Firma AGB können sich die Beamten nicht mehr so genau erinnern, geschweige denn an kleine Präsente.

„Reibungslos“ sei das Verhältnis seiner Mitarbeiter zu Bernardis Unternehmungen gewesen, meint Volkhard Seraphim, der ehemalige Direktor des Arbeitsamts in Tauberbischofsheim. „Anhaltspunkte dafür, daß manipuliert wurde“, sagt Seraphim, „waren im Amt nicht bekannt.“ Deshalb wurde die Firma AGB gar nicht erst überprüft.

Und wenn sich doch einmal ein Mann vom Arbeitsamt für Bernardis Aktivitäten interessierte, hatte der tüchtige Ingenieur offenbar wenig Grund zur Sorge. Alle Prüfungen, so Bernardi, habe er „mit Bravour überstanden“.

FAHNDUNG

Typisches Schmatzen

Mit einer neuen Technik sollen anonyme Anrufer erkannt werden. Doch die Methode verstößt oft gegen geltendes Recht.

Haben Sie das Geld?“ fragte die Stimme beim sechsten Anruf und drohte: „Wenn ich irgendwo einen Polizisten oder sonst etwas sehe, ist unsere Aktion abgebrochen.“

Der Kidnapper, der im August 1981 in Südbaden den Arzt Karl-Heinz Welsche entführt hatte, redete, wie ein Schweizer, mit kehligem „ch“-Laut. Auch ein Nachahmungstäter, der 500 000 Mark Lösegeld verlangte, sprach am Telefon Hochalemannisch. Die Stimmlage beider Erpresser, auf Band aufgezeichnet, war fast die gleiche – die Frequenz lag jeweils bei 126,5 Hertz.

Für Hermann Künzel, 37, Oberrat im Bundeskriminalamt (BKA), ist es ein „wissenschaftlich hochinteressanter Fall“. Seit mehr als fünf Jahren berät der Wiesbadener Phonetik-Spezialist, Chef des Fachbereichs „Sprechererkennung und Tonbandauswertung“, die Offenburger Kripo bei der Fahndung.

Welsche wurde neun Tage nach der Entführung in einem Kofferraum entdeckt – erschossen. Die Spur von Wel-

sches Mörder verlor sich im Nichts; der Nachahmungstäter aber wurde gefaßt und bald von Künzel mit einem Stimmenvergleich überführt.

Der BKA-Beamte hat inzwischen die Stimmen von 50 weiteren Verdächtigen analysiert, immer noch erhält er neue Sprechproben. Für die Kripo in Offenburg ist er „unsere einzige Hoffnung“.

Künzel gilt als fähigster Fachmann der Polizei, wenn das Tatwerkzeug Stimme zu definieren ist. Von Richtern und Ermittlern wird er mit Gutachter-Aufträgen übersättigt: „Täglich sieben neue Fälle gehen hier ein, ich schiebe schon 140 Rückstände vor mir her.“

Der Stapel wird sich wohl noch höher türmen, wenn Mitte des Monats von Künzel das erste Standardwerk zur

Der BKA-Phonetiker vergleicht in mehreren Etappen die Stimmen von Täter und Verdächtigen. Sie werden zunächst „mit dem geschulten Ohr des Wissenschaftlers“ abgehört und in phonetische Schreibweise, wie im Fremdsprachen-Lexikon, übertragen. So lassen sich noch kleinste Partikel einzelner Silben genau dokumentieren.

Eigenarten eines Lautes werden dann mit dem Computer in Zahlen und Kurven umgesetzt: Oszillogramme beschreiben Flüstern und Heiserkeit, Akzent und Satzmelodie; typische Schmatzlaute oder Pfeiftöne beim Sprechen, abnorme Atmung oder die Frequenz eines Lispelns lassen sich in Meßwerten wie Hertz oder Dezibel darstellen.

Stets legt Phonetik-Experte Künzel seine Gutachten als Diagramme und

ser-Stimmen begannen, wollten sie sich Erkenntnisse des US-Konzerns Texas Instruments zunutze machen: Zugang zu einem Rechenzentrum hatte dort nur, wer einem Computer vier Kodewörter vorsprach.

Doch dieses System der Sprechererkennung zeigte sich den Ansprüchen der Kriminalisten nicht gewachsen. Das Telefon begrenzt den Frequenzumfang einer Stimme, außerdem ist das Sprachsignal meistens stark gestört. Obendrein ist die Qualität der Tonbänder, die Polizeireviere dem BKA zur Analyse schicken, „meistens haarsträubend schlecht“ (Künzel). Er hatte schon Bandmaterial zu entwirren, „das über den Pappkern einer Klorolle gewickelt war“.

Würde das BKA alle Gutachter-Aufträge annehmen, wäre Künzels Fachbereich schnell blockiert: So werden der Polizei jährlich rund 1300 anonyme Bombendrohungen gemeldet. Tausende von Erpresser-Gesprächen, die in Kaufhäusern, Behörden und Unternehmen als Spinnerei abgetan werden, kommen noch hinzu.

Nur fünf Prozent dieser Delikte werden aufgeklärt. Auch „anonyme Telefon-Erotik“ – Beleidigung, Nötigung und Bedrohung von Frauen – muß laut Künzel „als regelrechte Landplage bezeichnet werden“.

Aufträge zur Stimmenanalyse würde das BKA in solchen Fällen am liebsten an private Tonstudios abtreten – oder an die Landeskriminalämter. Doch bisher zeigte nur Bayerns forscher CSU-Innenstaatssekretär Peter Gauweiler Interesse, Künzels Sprachlabor (Kosten: 500 000 Mark) für die regionale Verbrechensaufklärung nachzubauen.

Den Ermittlern in den anderen Bundesländern, die weiter auf Wiesbadener Hilfe bauen, gibt Künzel in seinem Lehrbuch Tips für die Praxis. Was Gesetze und Rechtsprechung vorschreiben, wird dabei nicht so genau genommen.

Verdächtige, die sich unschuldig fühlen, sind zwar meist bereit, ihre Stimme aufzeichnen zu lassen. Andere aber wollen mit der Polizei nichts zu tun haben. BKA-Mann Künzel weiß dann fragwürdigen Rat: Die Beschuldigten sollen getäuscht werden.

Wenn etwa eine Frau Müller von einem Telefon-Spanner belästigt wird und in dem Anrufer „einen Mann aus ihrem Kegelklub vermutet“, sollen die Kripo-Ermittler bei ihm die Aussprache von „Schlüsselwörtern provozieren“ (Künzel) – etwa durch fingierte Telephonate von anonymen Polizisten oder hilfreichen Bekannten.

Diese Taktik wird nach Künzels Erfahrung „oft“ und meistens „von Angehörigen der Polizei“ angewandt, „sofern keine rechtlichen Bedenken entgegenstehen“. Das tun sie aber: Regelrechte Telefon-Überwachung setzt zwingend eine richterliche Anordnung voraus. Und heimlich auf Band genommene Gespräche werden von Gerichten meist als



Phonetik-Spezialist Künzel*: „Schlüsselwörter provozieren“

kriminallistischen Abhörtechnik erscheint**. Im Geleitwort lobt BKA-Präsident Heinrich Boge die erste „wissenschaftlich hieb- und stichfeste Methode... für den Stimmenvergleich“, die in „über sechsjähriger forensischer Praxis“ entwickelt worden sei.

Unfehlbar ist Künzels Methode zwar nicht. Doch die Beweiskraft von Sprachgutachten kann größer sein als der Wert herkömmlicher Spuren: Ein Blutfleck am Tatort etwa muß nicht unbedingt mit der Tat im Zusammenhang stehen; er kann früher oder später entstanden sein. Die auf Tonband registrierte Stimme eines Kindesentführers, Bombendroher oder Fernsprech-Erpressers aber ist unmittelbar tatbezogen.

* Mit Computer, Tonbandgerät und Farbspektrograph an seinem Arbeitsplatz im BKA.

** Hermann J. Künzel: „Sprechererkennung. Grundzüge forensischer Sprachverarbeitung“. Kriminalistik Verlag, Heidelberg 1987; 180 Seiten; 148 Mark.

Spektrogramme vor. Verlässliche Aussagen zumindest über Alter, Geschlecht und regionale Herkunft des Sprechers sind möglich. Der Wortschatz läßt Rückschlüsse auf den Beruf zu, und der Jargon erlaubt die Zuordnung zu bestimmten Gruppen wie „Landfahrer“, „Skinheads“ oder „Schüler“. Verkehrslärm, Glockengeläut, Vogelgezwitscher im Hintergrund schließlich geben Hinweise auf den Standort des Anrufers.

Doch solche Analysen sind oft nicht präzise genug. „Die Trittbrettfahrer und die vielen falschen Hinweise“, klagt Künzel, „sind jedesmal ein großes Problem.“ Zudem arbeite „keines der modernen Verfahren völlig fehlerfrei“. Anders als etwa die unverwechselbaren Papillarlinien eines Fingerabdrucks seien die Strukturen einer menschlichen Stimme stets „situationsbedingten Unwägbarkeiten unterworfen“.

Als die BKA-Forscher Ende der siebziger Jahre ihre Experimente mit Erpress-

rechtswidrig zustande gekommene Beweismittel abgelehnt.

Davon ist in Künzels BKA-Lehrbuch allerdings nicht die Rede. Dafür gibt der Autor den Ermittlern weitere Hinweise, wie sie auch ohne Telephon zu einer „verdeckten Aufzeichnung von Gesprächen“ kommen können: am besten mit Miniatur-Tonbändern in Hi-Fi-Stereo-Technik. Damit Störgeräusche während einer solchen Aufnahme später besser ausgefiltert werden können, soll der Kriminalbeamte gleich zwei hochempfindliche Mikrophone „auf beiden Seiten des Oberkörpers und unter unterschiedlichen Kleidungsstücken“ tragen.

Der BKA-Experte setzt sich mit solchen Empfehlungen über ein Urteil des Bundesgerichtshofs (BGH) hinweg. Künzel hatte 1985 die Stimme des RAF-Terroristen Rolf Clemens Wagner begut-

LANDWIRTSCHAFT

Es knittert

In Westdeutschland soll wieder Flachs angebaut werden.

Die Haarfarbe „flachsblond“, das hel-le schwäbische Süßgebäck „Flachswickel“ und der Ausdruck „flachsen“ verdanken der Pflanze ihren Ursprung. Mit Flachs hantierte Dornröschen am Spinnrad, die Jungfrau Siebenschön spannt gar für sieben – der Flachs wurzelt in Märchen und Mythen, aber mittlerweile nur noch dort.

Der Flachs-anbau in Deutschland ist drastisch zurückgegangen. Nur noch selten sind Felder mit den hochstengeligen Pflanzen zu sehen, die im Juni oder Juli

Leinen vor allem aus Ostblockstaaten importieren, ebenso jährlich bis zu 190 000 Tonnen Leinöl. Diese Menge entspricht einem Flächenbedarf von rund 85 000 Hektar.

Doch der Flachs soll wiederkehren. Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle, der die Bauern von der Milch- und Schweineüberproduktion abbringen muß und ihnen „neue Erwerbsquellen“ erschließen will, sieht im Flachs-anbau eine zumindest bescheidene Alternative. So denkt auch Gerhard Weiser, der Landwirtschaftsminister von Baden-Württemberg, dessen Land dabei vorangehen soll: mit wenigstens 300 Hektar Anbaufläche bis 1989.

Die baden-württembergische Landesregierung hat kürzlich bereits die Einrichtung eines als Bundesmodell konzipierten „Forschungszentrums für nachwachsende Faserrohstoffe“ an der Fachhochschule in Reutlingen beschlossen, wo ein Projekt „Flachs und Faserprodukte“ läuft.

Die Voraussetzungen für Flachs-anbau sind im Südwesten und Süden der Bundesrepublik ideal, die Standortansprüche gering: Flachs braucht gleichmäßig feuchte Witterung, viel Wasser und tiefgründigen, aber keineswegs erstklassigen Boden. Alles in allem, so das Stuttgarter Landwirtschaftsministerium, sei hoher Faserertrag am besten „im luftfeuchten Klimabereich der süddeutschen Mittelgebirge und des Voralpenlandes zu erwarten“.

In Baden-Württemberg kennt sich freilich kaum noch jemand im Flachs-anbau aus. Minister Weiser hofft, daß das Wissen des einen oder anderen älteren Landwirts noch genutzt werden kann, stellt sich aber schon darauf ein, „sachkundige Personen aus flachs-anbauenden Ländern“ heranzuziehen, aus Belgien etwa oder Frankreich.

Die Franzosen ernten noch auf 59 000 Hektar (in der EG sind es 73 000, weltweit 1,8 Millionen Hektar) Flachs. Die Minister Kiechle und Weiser kalkulieren einen deutschen Flächenbedarf von mindestens 65 000 Hektar „mit Absatzchancen bei den derzeitigen Marktstrukturen in der Bundesrepublik“, also vor allem bei der Textilindustrie.

Sogar an ein „Anbaupotential von 100 000 Hektar“ glaubt der baden-württembergische CDU-Landtagsabgeordnete Roland Ströbele. Allerdings sieht sich dessen Christenunion in der Hoffnung getäuscht, deutsches Leinen könne künftig für Uniformen von Polizei, Bundeswehr und Grenzschutz, Bundesbahn und Post genutzt werden.

Auf eine parlamentarische Anfrage attestierte das Stuttgarter Landwirtschaftsministerium dem Leinen zwar „angenehme Trageweise“, doch sei die Verwendung als Uniformstoff oder Arbeitskleidung „nicht sinnvoll bzw. kostenmäßig unwirtschaftlich“, der „Pfle-geaufwand“ sei zu hoch. Zu deutsch: Es knittert. ◆



Flachsernte in der Bundesrepublik: „Angenehme Trageweise“

achtet. Die Aufzeichnung war, ohne Wagners Wissen, beim Gespräch mit einem Gefängnisdirektor zustande gekommen – ein rechtswidriger Eingriff, so der BGH, „in das verfassungsrechtlich verbürgte Persönlichkeitsrecht am eigenen Wort“.

„Ein Beschuldigter“, so urteilten die Karlsruher Richter im April 1986, dürfe „nicht zu Tests, Tatrekonstruktionen, Schriftproben oder zur Schaffung ähnlicher, für die Erstattung eines Gutachtens notwendiger Anknüpfungstatsachen gezwungen werden“; für eine Sprechprobe gelte „nichts anderes“.

Künzel vernichtete das Bandmaterial mit der Wagner-Stimme. Sein Buch aber, rechtfertigt sich der Phonetiker, sei nicht nur für Polizisten gedacht, sondern auch für Beamte, die nicht so sehr unter der Fuchtel des Gesetzes stehen: die Geheimdienstler.

für ein paar Stunden blühen, über und über blau. In der Bundesrepublik waren 1986 noch etwa hundert Hektar Fläche mit Flachs bebaut, ein winziger Bruchteil dessen, was landesüblich war.

Noch nach der Jahrhundertwende gehörte Flachs fast überall in Deutschland so selbstverständlich zur Landwirtschaft wie Getreide oder Kartoffeln. Er lieferte den Rohstoff für die Leinenweberei, darüber hinaus das Leinöl, das vielfältige Verwendung in Handwerk und Industrie fand, und obendrein noch Abfallprodukte, die als Dichtungsmaterial (Werg) taugen. Immerhin betrug die Anbaufläche in Westdeutschland in den fünfziger Jahren noch 2500 Hektar.

Baumwolle und Kunstfasern aber verdrängten Flachs in den letzten Jahrzehnten, der Anbau wurde vielerorts unrentabel. Heute muß die Bundesrepublik Faserflachs, Leinengarne oder fertiges